

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Notlage der Tafeln in Mecklenburg-Vorpommern durch explodierende Energiepreise abwenden

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

Ehrenamtlich versorgen die circa 30 Tafeln in Mecklenburg-Vorpommern rund 24 000 Menschen mit Nahrungsmitteln. Insbesondere die Vergabe von Obst und Gemüse trägt zu einer ausgewogenen und gesunden Ernährung bei.

Die Lebensmittelpenden der Supermärkte, aus der Gastronomie und der Landwirtschaft müssen durch die einzelnen Tafeln selbst abgeholt werden und zur Frischhaltung entsprechend gekühlt werden. Die Preise für Kraftstoffe liegen beispielsweise bei Diesel deutlich über zwei Euro, die europaweit höchsten Strompreise in Deutschland bei knapp 32 Cent pro Kilowattstunde, Tendenz steigend. Diese Kostensteigerungen sind von den Tafeln nicht zu kompensieren und bedrohen deren Existenz.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, die Mehrbedarfe der Tafeln in Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Flüchtlingsströme und der steigenden Energiepreise zu ermitteln und den zuständigen Fachausschüssen in Anbetracht der anstehenden Haushaltsverhandlungen bis Ende April 2022 Bericht zu erstatten.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die Tafeln in Mecklenburg-Vorpommern geraten immer mehr unter Druck. Die Corona-Krise hat durch den Wegfall vieler 450-Euro-Jobs, durch Kurzarbeit, durch Verlust des Arbeitsplatzes und durch die inflationsbedingte Verteuerung von Lebensmitteln den Kreis der Menschen, die auf eine Unterstützung der Tafeln angewiesen sind, anwachsen lassen.

Gegenläufig nahm das regionale Spendenaufkommen an Lebensmitteln bis zu 50 Prozent ab. Das bedeutete, dass die Tafeln weitere, oft entferntere Supermärkte und andere Lieferanten anfahren mussten, um die benötigten Lebensmittel zu erhalten. Außerdem wurden corona-bedingt zeitweise viele mobile Ausgabestellen angeboten.

Die explodierten Energiepreise für Kraftstoffe und Strom bedrohen den Weiterbetrieb der Tafeln in ihrer Existenz. Das Land muss als zusätzlicher Partner Verantwortung übernehmen.